

RZ 23.10.2008

IG Metall stimmt auf Warnstreiks ein

Hofmann: Eine solche Welle hat Baden-Württemberg lange nicht erlebt

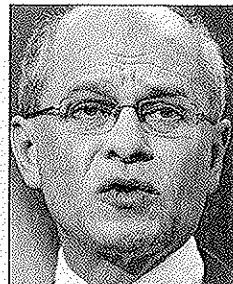
Karlsruhe (AP/peo) – Im Tarifkonflikt der Metall- und Elektroindustrie verschärft IG-Metall-Chef Berthold Huber den Ton. Auf einer Gewerkschaftskonferenz in Karlsruhe warf Huber dem Arbeitgeberverband Gesamtmetall Verzögerungstaktik vor.

Es sei „schäbig“, dass die Metallarbeitgeber aus der Finanzkrise Gewinn ziehen wollten und mit „dramatisierender Schwarzmalerei“ faire Tarifverhandlungen verhinderten, rief er rund 5200 Metallern zu. Huber verteidigte die Forderung nach acht Prozent mehr Lohn. Höhere Arbeitnehmerinkommen gefährdeten keine Arbeitsplätze, im Gegenteil: „Höhere Löhne und Gehälter sind die Voraussetzung dafür, dass die kriminelle Zockerei auf den Finanzmärkten nicht voll auf die Realwirtschaft durchschlägt.“ Dies gelte auch unabhängig von den aktuellen Turbulenzen in der Automobil- und Zulieferindustrie. Die aktuellen Auftragsbestände in der Metall- und Elektroindustrie lägen immer noch über dem Durchschnittswert der vergangenen fünf Jahren, erklärte der IG-Metall-Chef.

Bundeswirtschaftsminister Michael Glos äußerte sich skeptisch über die Gewerkschaftsforderung. „Ich will das nicht beurteilen“, sagte der CSU-Politiker der ARD.

Man müsse aber natürlich die Lage der Wirtschaft berücksichtigen: „In dieser schwierigen Situation dürfen wir nicht die Kosten für die Wirtschaft hochtreiben.“ Insofern müsse über die Tarifforderung der IG Metall „intensiv diskutiert“ werden. Zugleich müsse sich aber auch der Staat fragen, was er tun könne, um die Kaufkraft der Bürger zu stärken. Huber sagte, die Gewerkschaft wolle einer drohenden konjunkturellen Abschwächung mit einer Erhöhung der Kaufkraft entgegenwirken. „Wir brauchen angesichts der Finanzmarktkrise und der weltwirtschaftlichen Unsicherheiten eine Stärkung der Binnennachfrage“, sagte Huber. Den Arbeitgebern warf er vor, mitten in der Finanzkrise und einem Abschwung der Weltwirtschaft mit Lohnsenkungen die Binnenkonjunktur abzuwürgen. „Genauso könnte man einem Magersüchtigen eine Nulldiät verordnen, um ihn vor dem Verhungern zu retten.“

Die Gewerkschaft im Südwesten erwartete am Donnerstag bei der dritten Verhandlungsrunde erstmals ein Angebot der Arbeitgeber. Laut Bezirksleiter Jörg Hofmann geht es jetzt darum, die Schieflage zwischen Profiten und Arbeitseinkommen wieder geradezurücken. „Gerade weil die Arbeitnehmerhaushalte dringend mehr Geld in den Geldbeuteln brauchen, angesichts galoppierender Belastungen.“



Berthold Huber AP

Hofmann setzt weiterhin auf eine Einigung am Verhandlungstisch. Zugleich warnte er die Arbeitgeber eindringlich vor Warnstreiks. Die Friedenspflicht endet in der Nacht auf Samstag, den 1. November. Komme es am Donnerstag „zu keinem Durchbruch, und die Chancen schwinden Tag für Tag, werden wir nächste Woche durch massive Warnstreiks unsere Verankerung in den Belegschaften sichtbar machen“, erklärte Hofmann. Und weiter: „Ich kann jetzt schon sagen: Eine solche Warnstreikwelle in den wenigen Tagen bis zum 7. November hat Baden-Württemberg seit langem nicht mehr erlebt.“

Die IG Metall in Norddeutschland kündigte erste Arbeitsniederlegungen direkt nach Ablauf der Friedenspflicht an. In Bayern, im Bezirk Mitte, im Bereich Küste und in Niedersachsen gehen die Verhandlungen am kommenden Freitag weiter.